

Materialien

- Heft 2 -

für die 3. Tagung
des 2. Stadtparteitages

am 18. Juni 2011

Veranstaltungssaal LVB,
Angerbrücke, Jahnallee 56

DIE LINKE.

ÄA 1 zu A.1 – Eingang am 6. Juni 2011

1 Antragstellerin: Maren Müller

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die Leipziger Verkehrsbetriebe sind aufzufordern die mehrsprachigen Durchsagen in TRAMs und Bussen
4 mindestens um die Sprache Russisch zu erweitern.

5 **Begründung:**

6 Die größte Migrantengruppe kommt aus der Russischen Föderation(5.506 Personen), wobei 2.339 Personen (=
7 42,5 Prozent) aus dieser Gruppe keinen deutschen Pass, 2.176 einen russischen und einen deutschen und 991 nur
8 einen deutschen Pass haben..

9 Es folgen die Nationalitätengruppen mit ukrainischer (3.038 Personen, davon ohne deutschen Pass, 2.368, mit
10 deutschem Pass 670), vietnamesischer (2.758; 2.192; 566), polnischer (1.966; 1.237; 729), kasachischer (1.863;
11 224; 1.639), türkischer (1.445; 1.078; 367), irakischer (1.255; 1.006; 249) und chinesischer (1.161; 1.098; 63)
12 Herkunft.

13 Aus dem EU-Raum stammen (mindestens) 10.848 Personen (8.117 Ausländer und 2.731 Deutsche), darunter
14 neben den genannten Leipzigern polnischer Abstammung die meisten mit italienischen (988), französischen (910)
15 und ungarischen Wurzeln (800). 1

¹ Migranten in der Stadt Leipzig 2010

ÄA 2 zu A.1 – Eingang am 6. Juni 2011

1 Antragstellerin: Maren Müller

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die Integrationspolitischen Leitlinien werden in Form einer Broschüre in angemessener Auflage sowie Übersetzung
4 in Russisch, Türkisch, Arabisch, Englisch, Französisch, Polnisch, Chinesisch und Vietnamesisch publiziert und allen
5 relevanten Migrationsprojekten, interkulturellen Vereinen, religiösen Gemeinschaften sowie Bildungs- und
6 Beratungsstellen der Stadt Leipzig gezielt zugänglich gemacht.

7 **Begründung:**

8 Die Integrationspolitischen Leitlinien sind ein wichtiges Dokument für die innerparteiliche programmatische Arbeit
9 der Leipziger Linken.

10 Um die umfangreichen Aktivitäten und Willensbekundungen der Leipziger Linken aber transparent und dem
11 angesprochenen Personenkreis barrierefrei zugänglich zu machen, bedarf es der Übersetzung in o. g. Sprachen
12 sowie der gezielten Ansprache.

13 Die größte Migrantengruppe kommt aus der Russischen Föderation.

14 Es folgen die Nationalitätengruppen mit ukrainischer (3.038 Personen, davon ohne deutschen Pass, 2.368, mit
15 deutschem Pass 670), vietnamesischer (2.758; 2.192; 566), polnischer (1.966; 1.237; 729), kasachischer (1.863;
16 224; 1.639), türkischer (1.445; 1.078; 367), irakischer (1.255; 1.006; 249) und chinesischer (1.161; 1.098; 63)
17 Herkunft.

18 Aus dem EU-Raum stammen (mindestens) 10 848 Personen (8 117 Ausländer und 2 731 Deutsche), darunter
19 neben den genannten Leipziguern polnischer Abstammung die meisten mit italienischen (988),französischen (910)
20 und ungarischen Wurzeln (800).¹

¹ Migranten in der Stadt Leipzig 2010

ÄA 3 zu A.1 – Eingang 17. Juni 2011

1 Antragsteller: Linksjugend Leipzig

2 **Umbenennung Integrationspolitische Leitlinien**

3 „Die Integrationspolitischen Leitlinien werden in Migrationspolitische Leitlinien umbenannt.“

4 **Begründung:**

5 Die Leitlinien setzten sich im Wesentlichen mit dem Umgang von Phänomenen in Folge von Migration. Der
6 politische Umgang mit den mit Migration in Zusammenhang stehenden Phänomenen heißt folglich
7 Migrationspolitik. Auch in der Landtagsfraktion hat unsere Fraktion eine Migrationspolitische Sprecherin.

8 Der Begriff der Integration hingegen ist nicht unproblematisch und aus unserer Sicht auch verkürzt. Daran ist
9 weniger der Begriff selbst "schuld", sondern vielmehr die unsägliche Debatte (Sarrazin, BILD-Zeitung usw.)
10 die darum geführt wird. Der Begriff der Integration suggeriert meist eine einseitige Erwartungshaltung an die
11 als "andere" aufgefassten Migrant/innen, die sich dem Integrationspolitischen Diskurs zufolge an ein
12 (verschieden geartetes) "uns" anpassen müssten. Deshalb wollen wir eine Umbenennung.

1 Antragstellerin: Petra Weißfuß

2 **Änderungsantrag an den Stadtparteitag zum Umgang mit den**
3 **Integrationspolitischen Leitlinien A.1 / A.2**

4 Der Parteitag nimmt die Leitlinien und die darauf basierende Diskussion zur Kenntnis. Als
5 Diskussionspapier dient es als Grundlage für weiterführende Debatten in den
6 Gliederungen des Stadtverbandes. Zugleich wird es in Zusammenarbeit mit den
7 außerparlamentarischen und parlamentarischen Akteuren von Integration und Migration
8 beraten und in die politische Praxis eingebracht.

9 Begründung:

10 Liebe Genossinnen und Genossen,

11 leider ist es mir verwehrt, an der Debatte zu den Integrationspolitischen Leitlinien teil zu nehmen.
12 Für mich ist es unverständlich, dass der Tagungstermin mit der gewerkschaftspolitischen
13 Konferenz in Leipzig zusammen fällt.

14 Meine Anmerkungen zu den integrationspolitischen Leitlinien betreffen weniger einzelne
15 Forderungen noch die Struktur, sondern betreffen prinzipielle Gedanken:

16 1. Was sind Leitlinien, Wer soll danach handeln?

17 Zunächst etwas Statistik:

18 Aktuell verfügt DIE LINKE. Leipzig über sechs Leitlinien (zusammen 44 Seiten), davon noch
19 einige aus PDS-Zeit, andere wurden aktualisiert 2010. Die Themen betreffen die Jugendpolitik,
20 Wohnungspolitik, Sozialpolitik, Drogenpolitik (Hier bestünde m. E. dringender
21 Überarbeitungsbedarf!), Kommunalpolitik, Ökologie. Dazu kommt das Antifaschistische
22 Aktionsprogramm mit über 8 Seiten.

23 Jetzt folgt die Integrationspolitik (8 Seiten), beantragt sind Leitlinien zur Ordnungs- und
24 Sicherheitspolitik sowie zur Mittelstandspolitik. Alles in allem sind dies nahezu 100 Seiten
25 Papier für die politische Ausrichtung eines Stadtverbandes! Ein Regelwerk – ja, für wen
26 eigentlich? Ich gestehe ganz offen, dass ich zur politischen Arbeit kein bis ins kleinste Detail
27 ausformuliertes Regelwerk brauche, sondern notwendige Grundpositionen der Spezifik linker
28 Politik in und für Leipzig. Dazu würd vielleicht sogar jedem Politikthema 1 Seite genügen, die
29 man dann auch mal zur Selbstprüfung in die Hand nimmt.

30 2. Ein Diskussionspapier als Leitlinie?

31 Nunmehr liegt uns zur Beschlussfassung ein Diskussionspapier mit dem Titel
32 „Integrationspolitische Leitlinien“ vor. Ist dies nun als Steigerung für unsere Leitlinienkultur zu
33 verstehen? (Weitere scheinen schon in Arbeit zu sein?)

34 Zweifellos ist das ein wichtiges und dringendes Thema, das völlig zu Recht einer linken
35 Positionsbestimmung bedarf. Doch als „Leitlinie“? Unsere grundsätzliche Position wurde
36 übrigens bereits 2010 mit den Sozialpolitischen Leitlinien unter den Schwerpunkt „Für
37 solidarischen Ausgleich in der Gesellschaft“ beschlossen. Im Punkt f) heißt es „Vielfalt der
38 Kulturen und Integration fördern“. Leider fehlt auch dieser Hinweis im vorliegenden Papier.
39 Alles schön einzeln und getrennt – keine ganzheitliche Politik.

40 3. Änderungsantrag zum Umgang mit dem Positionspapier A.1 und Antrag A.2

41 Die o.g. Gründe veranlassen mich – auch in Abwesenheit – beide Anträge in dieser Form
42 abzulehnen. Dazu stelle ich diesen Änderungsantrag.

ÄA 1 zu A.3 – Eingang am 15. Juni 2011

1 Antragstellerin: Petra Weißfuß

2 **Änderungsantrag an den Stadtparteitag zum Antrag „Finanzielle Handlungsfähigkeit“ A.3**

3 Zeile 72 bis 74 „und Veranstaltungen, die bislang im Gewerkschaftshaus stattfinden.“

4 **streichen**

5 Begründung:

6 In der Regel wird das Gewerkschaftshaus für Veranstaltungen mit Bündnischarakter in gemeinsamer Ausrichtung
7 mit Gewerkschaften genutzt.

8 Dies hat keinen Einfluss auf unsere finanzielle Handlungsfähigkeit.

9 Zeile 86 „Kopierkosten werden auf die Verursacher umgelegt.“

10 **Präzisieren:**

11 Welche Art Verursacher tragen in welcher Form die Kopierkosten?

12 Erhalten z. B. die Gliederungen und Zusammenschlüsse der Partei weiterhin ein entsprechendes
13 Jahreskontingent/Budget?

ÄA 1 zu A.5 – Eingang 17. Juni 2011

1 Antragsteller_in: Marco Böhme, Jugendplenum der Linksjugend Leipzig

2 Änderung des folgenden Satzes (Seite 12, Zeile 9):

3 „Um dieser enormen Herausforderung bei der Personalentwicklung gerecht zu werden, wird der
4 Stadtvorstand beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Vorständen der Stadtbezirksverbände bis zum Herbst
5 2011 unter dem Arbeitstitel „10 mal 10“ ein entsprechendes Konzept zu entwickeln und eine Projektgruppe
6 zu dessen Umsetzung zu berufen.

7 Neufassung:

8 „Um dieser enormen Herausforderung bei der Personalentwicklung gerecht zu werden, wird der
9 Stadtvorstand beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Vorständen der Stadtbezirksverbände **und dem**
10 **Jugendverband** bis zum Herbst 2011 unter dem Arbeitstitel „10 mal 10“ ein entsprechendes Konzept zu
11 entwickeln und eine Projektgruppe zu dessen Umsetzung zu berufen.

12 **Begründung:**

13 Wir begrüßen diesen Antrag ausdrücklich und finden es gut, wenn mehr junge KandidatInnen auf den Listen
14 der LINKEN Leipzig stehen. Um dies allerdings auch bis 2014 umsetzen zu können, reicht es nicht wenn der
15 Stadtvorstand nur mit den Stadtbezirksverbänden berät. Immerhin geht es ja hier um die Jugendlichen und
16 die jungen Erwachsenen, die für DIE LINKE Gesicht zeigen und Verantwortung übernehmen sollen. Daher
17 muss unbedingt auch der Jugendverband der Partei DIE LINKE, mit all seinen Kompetenzen, in die
18 Konzeptplanung mit einbezogen werden.

ÄA 1 zu A.6 – Eingang 17. Juni 2011

1 Antragsteller: Linksjugend Leipzig

2 **Antrag:**

3 Füge ein in Zeile 4 nach "[..] Leipzig":

4 *Die Antragssteller/innen werden sich aktiv an der Erarbeitung beteiligen.*

5 **Begründung:**

6 erfolgt mündlich

ÄA 1 zu A.7 – Eingang am 15. Juni 2011

- 1 Antragsteller: Andreas Willnow
- 2 Erarbeitung von Thesen zur sozialen und ökologischen Entwicklung der Stadt sowie von Leitlinien zur
- 3 Ordnungs- und Sicherheitspolitik
- 4 DIE LINKE. Leipzig erarbeitet Thesen zur sozialen und ökologischen Entwicklung der Stadt sowie Leitlinien
- 5 zur Ordnungs- und Sicherheitspolitik
- 6 Der Parteitag beauftragt den Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig mit der Erarbeitung von
- 7 a) Thesen zur sozialen und ökologischen Entwicklung als Anstoß für die Leitbilddiskussion und
- 8 b) Leitlinien zur Ordnungs- und Sicherheitspolitik.
- 9 Der erste Entwurf wird jeweils auf einer der nächsten Tagungen des Stadtparteitages zur Diskussion gestellt
- 10 und auf einer der darauf folgenden Tagungen beschlossen.
- 11 Begründung:
- 12 Erfolgt mündlich.

ÄA 2 zu A.7 - Eingang am 17. Juni 2011

- 1 Antragsteller: Linksjugend Leipzig
- 2 **Antrag:**
- 3 Füge ein in Zeile 6 nach "[..] Erarbeitung.":
- 4 Die Antragssteller/innen werden sich aktiv an der Erarbeitung beteiligen.
- 5 **Begründung:**
- 6 erfolgt mündlich

I.1 – Eingang am 25. Mai 2011

1 Antragsteller: Dr. Barbara Höll, MdB; Mitglieder der Gruppe Gedenkmarsch Leipzig und Dr. Volker Külow, MdL

2 **Gedenkinstallation für die Deportierten auf dem Leipziger Hauptbahnhof**

3 Der Stadtparteitag möge beschließen:

4 Der Stadtverband DIE LINKE. Leipzig setzt sich für die Errichtung einer Gedenkinstallation für die Deportierten auf
5 dem Leipziger Hauptbahnhof ein. Die Aktivitäten der Initiatoren werden entsprechend unterstützt. Der
6 Stadtverband DIE LINKE. Leipzig wird die zur Finanzierung der Gedenkinstallation notwendige Spendenaktion mit
7 einer Postkartenaktion aktiv begleiten.

8 **Begründung:**

9 Seit Jahren bemühen sich die Initiatoren um die Errichtung einer Erinnerungsstätte für alle deportierten Männer,
10 Frauen und Kinder, die mit Zügen der Deutschen Reichsbahn über deren Leipziger Streckennetz in die Zwangs-
11 und Todeslager der Nazis verschleppt wurden. Anregung hierfür waren Gedenktafeln auf anderen Bahnhöfen wie
12 beispielsweise dem Bahnhof Dresden- Neustadt.

13 Das Projekt unterstützen unter anderem derzeit Kuf Kaufmann, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinde
14 zu Leipzig, der Musiker Sebastian Krumbiegel, Pfarrer Christian Führer, Vertreter der Ephraim-Carlebach-Stiftung,
15 die Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft, der Bund der Antifaschisten Leipzig und die Gruppe Gedenkmarsch.

16 Die Ganzmetallinstallation soll aus einem Hohlsockel bestehen, auf der Oberplatte befinden sich ein gestalteter
17 Koffer sowie eine Inschrift. Der Denkmalsentwurf stammt vom Leipziger Künstler Roland Steckel, der Entwurf für
18 die Inschrift vom Historiker Steffen Held. Die Inschrift lautet:

19 **Am 14. Februar 1945 wurden 169 Männer, Frauen und Kinder in das Konzentrationslager**
20 **Theresienstadt deportiert. Wenige Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es der**
21 **letzte Transport jüdischer Opfer aus Leipzig.**

22 **Zum Gedenken an alle Opfer von NS- Verbrechen, die in den Jahren von 1933 bis 1945 über das**
23 **Leipziger Eisenbahnnetz in Zwangs- und Todeslager verschleppt wurden.**

24 Der Koffer aus Eisenblech steht symbolisch für jene Koffer, die, gefüllt mit wenigen Alltagsgegenständen und
25 Habseligkeiten, die Deportierten auf ihrem letzten Weg begleiteten.

I.2 – Eingang am 15. Juni 2011

1 Antragsteller: Siegfried Schlegel

2 **Initiativantrag an den Stadtparteitag**

3 Der Stadtparteitag beschließt folgende Grundpositionen:

4 **Wirtschaftlicher Erfolg und attraktive Arbeitsplätze sowie behutsame Erneuerung** 5 **der Alten Messe bedingen einander**

6 **1. DIE LINKE. Leipzig** spricht sich für eine zielstrebige und gleichzeitig behutsame Entwicklung
7 des Areals der Alten Messe als ergänzenden Stadtteil für das Stadtzentrum nach den Grundzügen
8 des Rahmenplans aus, der stadträumlich die historischen Strukturen bewahrt. Vorhabenbezogene
9 Bebauungspläne bieten die Gewähr, dass ohne Zeitverzug und trotzdem umfassend die Interes-
10 sen der verschiedenen Investoren mit denen der Stadt in Übereinstimmung gebracht und die
11 Vorhaben realisiert werden können.

12 **2. DIE LINKE. Leipzig** wendet sich gegen Bestrebungen zum Verramschen des Areals in Gänze
13 oder in Teilen zwecks Immobilienspekulation.

14 **3. DIE LINKE. Leipzig** unterstützt die Entstehung einer Vielzahl hochwertiger Arbeitsplätze durch
15 Ansiedlung von Wissenschaft und Forschung, einschließlich begleitender Produktionsstätten und
16 die Ausweisung von Erweiterungsmöglichkeiten für die Deutsche Nationalbibliothek – Deutsche
17 Bücherei Leipzig - in Ergänzung zu benachbarten universitären Einrichtungen.

18 **4. DIE LINKE. Leipzig** unterstützt die räumliche Entwicklung von Nutzungsklustern für Freizeit,
19 Sport, Autohäuser, Handel mit nichtinnerstädtischen Einzelhandelssortimenten, Büronutzung oder
20 Wohnen in ausgewählten Randbereichen sowie die Ansiedlung eines Möbelmarktes.

21 **5. DIE LINKE. Leipzig** befördert die Weiterentwicklung denkmalpflegerischer Ziele, welche über
22 den Erhalt der Hallen 12 und 16, des Doppel-M und des Portikus des Sowjetischen Pavillons
23 hinaus gehen und auch die Grünachsen der Straße Alte Messe sowie die Straße des 18. Oktober
24 mit den gewundenen Rampen zur Brücke zum Völkerschlachtdenkmal einbezieht. Zu prüfen sind
25 der Erhalt und die Nachnutzung der Messehalle 15 als Ballspielpalast und weiterer Hallen bei
26 entsprechenden Nutzungsvoraussetzungen.

27 **6. DIE LINKE Leipzig** unterstützt die Initiative des Investors Porta zum Neubau eines 4-ge-
28 schossigen großflächigen innerstädtischen Möbelkaufhauses auf dem Areal der Hallen 1 – 6 bei
29 besonderer Wahrung der städtebaulichen Struktur an der Prager Straße und das Entstehen inner-
30 städtischer Arbeitsplätze an Stelle großflächiger 1-geschossiger und damit landschaftsverbrau-
31 chender Einzelhandelsansiedlungen auf der grünen Wiese.

32 Die Stadträtinnen und Stadträte der Linksfraktion im Stadtrat werden gebeten, im Sinne des
33 Beschlusses tätig zu werden.

I. 3 – Eingang am 17. Juni 2011

1 EinreicherInnen: Juliane Nagel, Marko Forberger, Pia Witte

2 **Teufelskreis aus Armutshauptstadt und Kriminalitätshochburg durchbrechen** 3 **Leipziger LINKE gegen Ausspielen von Kriminalitätsbekämpfung und Suchthilfe**

4 *Seit mehreren Wochen schwelt in unserer Stadt eine politische Kontroverse um die Ausrichtung der Drogen- und*
5 *Suchthilfe in Leipzig. Diese entflammte letztlich zu einer heftig geführten politischen Debatte, zu deren*
6 *Hauptakteuren die sächsische und die städtische Polizeiführung - teilweise mit CDU-Parteibuch ausgerüstet - gehörte.*
7 *Der Leipziger Polizeipräsident Horst Wawrzynski konstatierte einen Anstieg von Einbruchs- und Raubdelikten in den*
8 *letzten Monaten und stellte diesen in einen unmittelbaren und kausalen Zusammenhang mit dem städtischen Hilfe-*
9 *Angebot für Süchtige. So warf er der Stadt Leipzig vor, zu viel Geld in die Sucht- und Drogenhilfeangebote zu*
10 *investieren und damit ein „Wohlfühlklima“ zu schaffen, das auswärtige Drogen-Konsumentinnen anziehe. Diese*
11 *scharfen Töne gegen die Leipziger Stadtverwaltung und den Stadtrat wurden vom sächsischen Polizeipräsidenten*
12 *Bernd Merbitz wiederholt flankiert.*

13 Die 3. Tagung des 2. Stadtparteitages DIE LINKE Leipzig erklärt hierzu:

14 Die LINKE tritt für eine humane Sucht- und Drogenhilfe in Leipzig auf der Basis der vier Säulen Prävention, Therapie
15 und Beratung, Überlebenshilfe sowie Angebotsreduzierung und Repression ein und unterstützt die darauf
16 ausgerichtete Strategie und Vielfalt der kommunalen Angebote und Hilfen. Wir begrüßen ausdrücklich die
17 städtische Aufklärungs- und Präventionsarbeit, die Angebote der Straßensozialarbeit zur Überlebenshilfe (z.B.
18 Spritzentausch) und Hilfen zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum umfasst.

19 Ein kausaler Zusammenhang zwischen den bis Mai 2011 im Vergleich zum Vorjahr angestiegenen Delikten
20 Einbruchsdiebstahl (+ 2,3 Prozent) sowie Wohnungseinbruch (+ 17 Prozent) und Raub bzw. räuberische Erpressung
21 (+ 15 Prozent) und der Ausrichtung der städtischen Such- und Drogenpolitik wird bislang behauptet, ist aber selbst
22 nach Aussagen der Staatsregierung bislang nicht statistisch belegt (siehe Landtagsdrucksache 5/5866). DIE LINKE
23 fordert daher eine genaue kriminologische Analyse und tritt zugleich für ein gemeinsames Verständnis von
24 Stadtverwaltung, Stadtrat und Polizei für die komplexen Ursachen des Drogenproblems ein, das die vordergründige
25 lineare Verknüpfung zwischen den Suchthilfestrukturen der Stadt Leipzig und dem Anstieg von Kriminalität deutlich
26 in Frage stellt. Im Gegenteil: wir sehen in der breiten Palette an Aufklärungs-, Beratungs- und Hilfe-Angeboten für
27 Suchtkranke und Drogenabhängige in Leipzig einen wichtigen Beitrag, die Beschaffungskriminalität zu minimieren.
28 Auch wir bedauern jedes Opfer von Straftaten und äußern ihnen gegenüber unser Mitgefühl.

29 DIE LINKE Leipzig ist sich bewusst, dass die Drogen- und Suchtpolitik im Spannungsfeld zwischen Hilfsangeboten
30 einerseits und staatlicher Repression andererseits existiert. Diese beiden Pole dürfen aber nicht von der
31 Polizeiführung politisch gegeneinander ausgespielt werden. Das ist nicht nur unverantwortlich, sondern entbehrt
32 auch eines gesamtgesellschaftlichen Verantwortungsbewusstseins, das von polizeilichen Führungskräften zu
33 erwarten ist und von uns ausdrücklich eingefordert wird. Einseitige Repressionspolitik gegenüber Süchtigen löst
34 keine Probleme, sondern fördert im Gegenteil riskante Konsumformen und zwingt die Betroffenen stärker in
35 Beschaffungskriminalität und Untergrund, wo soziale und therapeutische Maßnahmen kaum noch greifen. Die
36 gesellschaftlichen Folgekosten einer solchen repressiven Drogenbekämpfungspolitik wären in jedem Fall höher als
37 die einer adäquaten Suchtkrankenhilfe.

38 Hinter den pauschalen Vorwürfen gegen das Leipziger Sucht- und Drogenhilfesystem sieht DIE LINKE einen
39 politisch motivierten und bereits auf das Wahljahr 2013 abzielenden Griff in die Mottenkiste von „Law-and-Order-
40 Politik“ der CDU. Panik- und Angstmache sowie die Stigmatisierung von DrogenkonsumentInnen weist die LINKE
41 Leipzig zurück. Sie schaden sowohl dem Ansehen unserer Stadt als auch dem Wirtschaftsstandort Leipzig. Im
42 Übrigen lenkt die bisherige Debatte von einem erheblich schwerwiegenderen Zusammenhang ab, der allerdings
43 hartnäckig geleugnet wird – die Abwärtsspirale aus erschreckend geringer Wirtschaftskraft, rasanter
44 Einkommenspolarisierung, sozialen Notlagen und Kriminalität. Ohne konsequentes Problembewusstsein für den
45 Zusammenhang von guter Arbeit, sicherem und angemessenem Einkommen, klaren Perspektiven und sozialer
46 Sicherheit für alle Leipzigerinnen und Leipziger lässt sich der Teufelskreis nicht durchbrechen, wonach die
47 Armutshauptstadt Leipzig auch auf den traurigen Ruhm der Kriminalitätshauptstadt zusteuert. DIE LINKE plädiert
48 energisch dafür, kein Problem, das die Bürgerschaft bewegt, zu bagatellisieren, fordert zugleich aber, endlich damit

I. 3 – Eingang am 17. Juni 2011

49 aufzuhören, nur an oberflächlichen Symptomen der bis zum Zerreißen gespannten gesellschaftlichen Problemlagen
50 herumzudoktern.

51 Das gefährliche Ablenkungspotenzial der gegenwärtigen Debatte besteht aber noch in einem anderen Kontext. Die
52 von der schwarz-gelben Landesregierung angekündigte Polizeireform sieht eine Zusammenlegung der Direktion
53 Westsachsen und Leipzig vor. Mit rund 2.400 Stellen sind dann 600 weniger PolizistInnen vorhanden als in Leipzig
54 und Westsachsen momentan ihren Dienst verrichten; so ist z.B. zu befürchten, dass nach Abschluss der
55 Polizeireform die Leipziger Polizei rund 80% ihrer derzeitigen Präventionsarbeit aufgrund von Personalmangel nicht
56 mehr leisten kann. DIE LINKE kritisiert diese von der Polizeiführung widerstandslos geduldete Kürzungspolitik der
57 schwarz-gelben Landesregierung, die gänzlich auf Kosten der BürgerInnen und der öffentlichen Sicherheit geht.

58 Die 3. Tagung des 2. Stadtparteitages der Leipziger LINKEN bekennt sich zur derzeitigen Präventionspolitik der
59 Stadt Leipzig und den ihr zu Grunde liegenden Drogenpolitischen Leitlinien, an deren Aktualisierung gearbeitet
60 wird. Auch wir werden die gegenwärtige Debatte zum Anlass nehmen, unsere eigenen, im Jahr 2003
61 verabschiedeten sucht- und drogenpolitischen Leitlinien, bis zur nächsten Tagung des Stadtparteitages zu
62 überarbeiten.